Gesetzlicher Mindestlohn stärkt die Tarifautonomie

Gegen einen gesetzlichen Mindestlohn heuchelt die Landesregierung gern die Befürchtung, er untergrabe die Tarifautonomie. Eben das tut sie selbst, indem sie sie aktiv Tarifflucht und Lohndumping fördert. NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben hat mit einer Gesetzesinitiative im Landtag das „Tariftreuegesetz“ gekippt. Dem Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen sind damit Tür und Tor geöffnet. Dagegen stärkt ein gesetzlicher Mindestlohn die Tarifautonomie. Er schafft eine Basis für Tarifverhandlungen in Branchen, in denen es keine Tarife gibt oder die Gewerkschaften zu schwach sind, um dem Lohndumping einen Riegel vorzuschieben. Werden in Tarifen Einstiegslöhne oberhalb des Mindestlohns vereinbart, sollen diese zum gesetzlichen Mindestlohn der Branche erklärt werden. Gewerkschaften, Arbeitgebervertreter und Wissenschaftler sollen an der Höhe, der Fortschreibung und der Durchsetzung beteiligt werden. Das Tariftreuegesetz in NRW soll wieder eingeführt werden. Um Lohndumping mit Hartz IV zu verhindern, muss der gesetzliche Mindestlohn mindestens 8 Euro betragen und in schnellen Schritten auf 10 Euro pro Stunde angehoben werden. Unterhalb kann von einem „Existenz sichernden“ oder „menschenwürdigen“ Lohn keine Rede sein.

Von unseren europäischen Nachbarn lernen

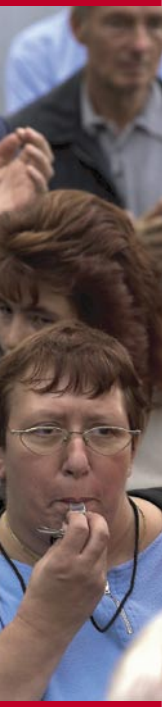
In 18 von 25 EU-Mitgliedsstaaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. In den Nachbarländern Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden liegen sie zwischen 8,08 Euro und 9,08 Euro. Die Erfahrungen unserer europäischen

Nachbarn ist positiv. Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Großbritannien 1999 wurde der Lohn von über einer Million Menschen angehoben. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Großbritannien, dass trotz erheblicher Steigerungen des gesetzlichen Mindestlohns um 35 Prozent zwischen 1999 und 2004 die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 25 Prozent von 6,2 Prozent auf 4,7 Prozent gefallen ist. Auch darüber hinaus wurden bisher keine negativen ökonomischen Effekte festgestellt.

Es ist höchste Zeit auch in Deutschland zu handeln, denn Arbeit darf nicht arm machen!

DIE LINKE.

Für gute Arbeit, menschenwürdigen Mindestlohn und Tariftreue



Armutslöhne - zu 70 Prozent weiblich

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - dieser Verfassungsgrundsatz gilt am allerwenigsten für Frauen. Im Schnitt erhalten sie 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. 70% der im Niedriglohnbereich Beschäftigten sind weiblich. Niedriglöhne zwingen zu einem Leben in Armut - in Gegenwart und Zukunft. Die Armutslöhne von heute bestimmen die Rente von morgen. Schon jetzt warnt die OECD deshalb vor ausufernder Altersarmut in Deutschland. Die Hauptbetroffenen werden wieder Frauen sein.

Die verfassungs- und frauenfeindlichen Arbeitsbedingungen sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind die Folge falscher Politik.

Die Große Koalition blockiert den gesetzlichen Mindestlohn

In den meisten EU-Staaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. In Deutschland wird er von der der Großen Koalition blockiert. CDU/CSU und Kanzlerin Merkel profilieren sich als Lobby für Hungerlöhne. Die SPD verkauft die gesetzliche Festschreibung von einigen branchenspezifischen Mindestlöhnen als großen Erfolg. In Wahrheit kann dieser Tropfen auf den heißen Stein einen gesetzlichen Mindestlohn für alle nicht ersetzen. Denn in einigen Branchen sind selbst die Tariflöhne Hungerlöhne, in anderen gibt es keine. Dass SPD und Grüne sich heute überhaupt für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen, ist ein erster Erfolg der Gewerkschaften und DER LINKEN. Aber Vorsicht ist geboten: Auf der Straße sammelt die SPD zwar Unterschriften für einen gesetzlichen Mindestlohn. Im Bundestag stimmt sie dagegen. Bis heute verleugnen SPD und Grüne die Ursache des verheerenden Lohndumpings: Hartz I-IV ! In der Geschichte der Bundesrepublik hat keine Regierung Tarifflucht und Lohndumping so brutal forciert und die Position der Gewerkschaften so nachhaltig geschwächt wie die rot-grüne unter Gerhard Schröder.

NRW: Landesregierung bricht Landesverfassung

In Artikel 24 schreibt die Verfassung des Landes NRW vor: *„Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn. Das gilt auch für Frauen und Jugendliche.“* Ministerpräsident Rüttgers gibt sich gern als „Arbeiterführer“ - nicht ohne Erfolg: Umfragen bescheinigen ihm, der bekannteste „Sozialdemokrat“ im Land zu sein. Sein Arbeitsminister Laumann - ebenfalls CDU - macht sich scheinbar für Existenz sichernde Löhne stark. Der soziale Schein trügt. Beim Thema Mindestlohn hört der „sozialdemokratische“ Spaß auf. Stattdessen will Laumann Hartz IV offiziell zum Kombilohn erklären. In der Realität wird mit dem sogenannten Arbeitslodengeld II längst Lohndumping im großen Stil subventioniert. Ca. 1/3 dieses Geldes wird heute schon als Arbeitgeberprämie für Tarifflucht und die Vernichtung vollwertiger Arbeitsplätze ausgeschüttet. Statt zu Erwerbstätigen werden Erwerbslose zu arbeitenden Erwerbslosen. Der „Anreiz“ für diese neue Erwerbslosigkeit soll durch noch unerträglichere Lebensbedingungen für Erwerbslose ohne Arbeit geschaffen werden. Hungerlöhne werden durch Hunger schmackhaft gemacht. Was Laumann unter dem Deckmantel der Nächstenliebe tut, propagiert der „echte“ Sozialdemokrat Müntefering eiskalt offen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Manuela:

Arm trotz Arbeit

Manuela, 48, lebt in Duisburg. Sie arbeitet beim Textildiscounter KiK und bekommt einen Stundenlohn von 5,20 Euro. Bei 40 Stunden pro Woche hat sie am Monatsende 830,- Euro brutto. Urlaub wird nicht bezahlt. Sie wehrt sich und klagt gegen KiK. Ver.di hat Strafanzeige wegen sittenwidriger Löhne gestellt.

Konstantin:

800 Stunden auf dem Bau für keinen Cent

Konstantin, 33, wurde aus Rumänien angeworben und arbeitet auf Kölner Baustellen, 50 Stunden die Woche. Seit vier Monaten bekommt er keinen Lohn. Er ist Opfer skrupelloser Menschenhändler. Er, seine Kollegen und die Familien in der Heimat haben darunter zu leiden. Gemeinsam mit 40 weiteren Kollegen und der IG Bau kämpft er nun für seine Rechte.

Birgit:

Lohndumping ohne Ende?

Birgit, 24, ist Bäckereiverkäuferin in Dortmund. Dafür bekommt sie zurzeit 8,15 Euro pro Stunde. Ihr droht die Entlassung. Sie soll durch zwei Mini-Jobber ersetzt werden, die jeweils nur 4,70 Euro pro Stunde erhalten.

Manuela, Konstantin und Birgit sind keine Einzelfälle. Laut einer Studie im Auftrag der Landesregierung NRW arbeiten ca. 1,5 Mio. Menschen in NRW für weniger als 2/3 des Durchschnittslohns. Noch immer sind in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Menschen „*arm trotz Arbeit*“. Allein in Nordrhein-Westfalen können 500.000 Beschäftigte vom Lohn für ihre Vollzeitarbeit kein Leben in Würde führen. Die Löhne werden weiter gedrückt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Deshalb kommt der Aufschwung kommt bei den meisten Menschen nicht an. Bundesweit boomt das Geschäft mit der Leih- und Zeitarbeit. In NRW arbeiten bereits 13.000 Menschen für Zeitarbeitsfirmen – viele davon für ein Drittel bis zur Hälfte weniger Gehalt als Festangestellte.